

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonelle
ober deren Raum 16 Bg.
Reklamen 60 Bg.

Bezugspreis
monatlich 80 Bg., mit Bringer-
lohn 85 Bg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,55 Mk.
auschl. Postgeb.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 39.

Dienstag, den 1. April 1919.

27. Jahrgang

Die Nationalversammlung.

31. Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht eine Anfrage des Abgeordneten Reil (Soz.) gegen die Sommerzeit. Regierungskommissar Freiherr v. Belser: Wegen der gegen das Vorjahr noch gesteigerten Kohlenknappheit und auch aus Gründen der Gesundheitspflege die Sommerzeit nach wie vor für notwendig gehalten wird, hat die Regierung dem Staatsauschuss einen entsprechenden Entwurf zugehen lassen, der sich aber auf das Jahr 1919 beschränkt. Dieser Entwurf wird auch an die Nationalversammlung kommen und dann wird Zeit sein, zu einer eingehenden Stellungnahme.

Als Mitglieder der Reichsschuldenkommission werden gewählt die Abgg. Heimann (Soz.), Krüger-Potsdam (Soz.), Schumann (Soz.), Dr. Pfeiffer (Zentr.), Dr. Dernburg (Demokr. Partei) und Laubert (Deutschnat. Volksp.).

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes auf Schaffung einer vorläufigen Reichsmarine.

Reichswehrminister Noske: Der Entwurf lehnt sich eng an das Gesetz über die vorläufige Reichswehr. Die Arbeiten für die Schaffung einer Reichswehr sind übrigens weit fortgeschritten, so daß die unerfreulichen Begleiterscheinungen der Werbung ganz aufhören werden. Ganz werden wir aber auf die Werbung von Freiwilligen nicht verzichten können, aber daß sich die Verbände einander regelrechte Konkurrenz machen, wird aufhören. Mit der Aufstellung einer neuen Marine ist der Anfang bereits gemacht. Wir brauchen Schiffe zur Sicherung der Lebensmittellieferanten, zur Räumung des Meeres von Minen und zum Schutz der Fischer.

Abg. Dr. Oberfohren (Deutschnat.): Wir begrüßen die Vorlage, legen aber Wert auf möglichst scharfe Betonung ihres vorläufigen Charakters. Wir brauchen auch weiterhin eine Flotte.

Abg. Dr. Grass zu Dohna (D. Vp.): Auch wir werden für das Gesetz stimmen. Wir tun es ohne Befriedigung, vielmehr mit dem Gefühl tiefer Besorgnis, die Angelegenheit einer solchen Flottille eben beschließen muß, der noch ein Gefühl hat für vaterländischen Stolz und nationale Würde. (Beifall rechts.)

Abg. Brühl (U. E.): erklärt, daß die Regierung anscheinend wieder an die gepanzerte Faust denke.

Abg. Siebel (Soz.): Eine gut organisierte Reichsmarine ist notwendig, um dem deutschen Handel wieder Betätigungsmöglichkeit zu geben. Die Aufgabe oder eher die Einschränkung der großen Reichsflotten würde eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter und Angestellten, ja der ganzen Bevölkerung der Hafenstädte bedeuten.

Nach einer Bemerkung des Reichswehrministers Noske schließt die Besprechung.

Die Vorlage wird in 1. und 2. Lesung im wesentlichen unverändert gegen die Stimmen der U. E. angenommen.

Abg. Schmidthalz (Demokrat) erstattet hierauf den mündlichen Bericht des Reichshaushalts-Ausschusses über die Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung vom 4. Februar 1919.

Abg. Blum (Ztr.): Die Verordnung ist angesichts der kritischen Ernährungslage von hoher Bedeutung. Wir beantragen, daß dort, wo keine Bauern- und Landarbeitkräfte bestehen, zwei Sachverständige der Landwirtschaftskammer gehört werden müssen. (Beifall im Ztr.)

Abg. Feldmann (Reichstagssoz.): Die Verordnung ist notwendig, denn heute muß jedes Fleckchen Erde der Ackerbauverwertung zugeführt werden.

Präsident Fehrenbach bittet die Redner, sich möglichst kurz zu fassen, damit die Geschäfte des Hauses morgen abgeschlossen werden können.

Ein Antrag Arnstadt und Genossen (Deutschnat.) verlangt in § 2 die Streichung der Bestimmung, daß dem Landwirt das Nutzungsrecht auch dann einzulösen werden soll, wenn er im letzten Wirtschaftsjahr die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß die Grundstücke einen unvernünftigen geringen Betrag erbracht haben und zu erwarten ist, daß die neue Bestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird.

Abg. Dufche (Deutsche Vp.): Ich glaube, die Verordnung wird im Großen und Ganzen auf dem Papier stehen bleiben, und wenn sie wirklich mal praktisch angewandt wird, so wird ihre Durchführung soviel Mühe und vor allen Dingen soviel Zeitverlust verursachen, daß der beabsichtigte Zweck vielfach nicht erreicht werden wird.

Abg. Wurm (U. E.): Zu einer Agrardebatte ist jetzt keine Zeit, zumal wir uns nach Osten ausrichten über die landwirtschaftlichen Verhältnisse unterhalten werden.

Nachdem der Antrag Arnstadt angenommen worden ist, wird der Antrag des Ausschusses mit dieser Änderung mit 151 gegen 115 Stimmen angenommen. — Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr: — Tagesordnung: Interpellation der Deutsch-nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei betreffend die Maßregelung von Beamten, Neuregelung der Beamtenbeförderung, Erfüllung gewisser Mindestforderungen, Notetat, Nachtragsetat und Krankenkassenverordnung. — Schluß 6.30 Uhr.

(32. Sitzung.)

Die Interpellation Arnstadt (D. Ntl.) betr. Maßregelung von Beamten wird in der Geschäftsordnungs-mäßigen Frist beantwortet werden.

Es folgt die zweite Beratung des Nachtrags- und des Notetats. Der Ausschuss hat die Bezüge des Reichspräsidenten auf ein persönliches Gehalt von jährlich 100 000 Mark und für sachliche Ausgaben auf 500 000 Mark jährlich reduziert. Ursprünglich waren insgesamt 100 000 Mark monatlich gefordert. Die Pensionsfrage soll durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Die Frage der Ministergehälter und Pensionen wird beim besonderen Etat geprüft.

Mit diesen Änderungen gelangt der Nachtragsetat gegen die Stimmen der Unabhängigen zur Annahme.

Es folgt die zweite Beratung der Gesetzentwürfe über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919 (sogen. Notetat).

Im Spezialetat des Auswärtigen Amtes werden als Beihilfe zur Verbesserung der Einrichtungen für das wirtschaftliche Auslandsnachrichtenwesen zunächst 250 000 Mark ohne Erörterung bewilligt.

Im Haushalt des Reichsministeriums des Innern werden zur Unterhaltung des Reichs-Luftamtes 50 Millionen Mark bewilligt.

Die Abgg. Erising (Ztr.) und Dr. Kieffer (D. Vp.) weisen auf die Zustände auf den Berliner Flugplätzen hin, wo eine Menge Arbeiter beschäftigt sind, ohne daß tatsächlich Arbeit vorhanden ist.

Reichswehrminister Noske erwidert, daß auf den Flugplätzen tatsächlich eine Menge Arbeiter beschäftigt würden, für die tatsächlich keine Arbeit vorhanden sei. Während anfangs bei den Leuten durchweg ein unwillkürlicher Drang sich zeigte, in die Heimat zu kommen, ist inzwischen, da sich herausstellte, daß Arbeit Gelegenheit nur in geringem Maße vorhanden war, die Meinung zur Entlassung beträchtlich geringer geworden. Soweit die Leute keine Arbeit finden, müssen sie aus Reichsmitteln unterstützt werden. Hoffentlich bessert unter Wirtschaftslieben sich bald so, daß die Arbeitsgelegenheit zunimmt. Dann werden und müssen sich natürlich auch die Verhältnisse in den staatlichen Werkstätten bessern. Auch hier haben sich — das muß offen ausgesprochen werden — in einer Anzahl von Betrieben absolut unhaltbare Zustände herausgebildet, die eine geradezu unverantwortliche Verschwendung von Reichsgeldern zur Folge haben.

In der weiteren Aussprache wurde vorgebracht, daß Deserteur-Entlassungsanträge geliefert worden seien.

Reichswehrminister Noske: Das ist nicht richtig. Im November und Dezember hat sich allerdings in Berlin auch ein Rat der Deserteur gebildet (Selter, Ztr.). Dieser Rat kam zu mir, verlangte eine formelle Anerkennung, die Einrichtung eines Büros für vorläufig 10 Personen mit je 25 Mark Tagegehalt. (Selter, Ztr.) Für die Ueberführung wurden 15 Mark Reisegehalt, 50 Mark Entlassungsgehalt und ein Anzug gefordert, ursprünglich sogar die Nachzahlung von Löhnungs- und Verpflegungsgehalt vom Tage der Desertion an. (Selter, Ztr.) Der Deserteur sagte mir, er gebe mir 10 Tage Frist. Bis dahin müßte die Forderung bewilligt sein, denn die Deserteur wären eine Macht. (Selter, Ztr.) Sie waren damals tatsächlich eine Macht und demonstrierten mit Gewehren in den Straßen Berlins. 14 Tage später waren sie wieder bei mir. Ich hatte aber inzwischen 10 000 Mann Soldaten aus Dahnem mitgebracht und erklärte ihnen, ich werde keine ihrer Forderungen bewilligen, denn jetzt sei ich eine Macht. (Selter, Ztr.) (Zehr gut bei der Mehrheit.) Die Ansprüche sind den Deserteur also nirgends bewilligt worden. Wo es vorgekommen sein sollte, kann es sich nur um einen Mißbrauch handeln.

In der weiteren Beratung wird eine Entschließung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, ungeachtet eines Plan aufzustellen für die Forschung auf dem Gebiete der Textilindustrie. Zum Etat der Reichsfinanzverwaltung liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, die Regierung aufzufordern, baldmöglichst

eine Erhöhung der Bezüge aller vorerwähnten Renten- und Unterstützungsempfänger vorzunehmen, die einen gesetzlichen Anspruch auf Renten oder Unterstützungen aus Reichsmitteln oder aus Mitteln der Reichsversicherungen haben und deren Bezüge seit dem 9. November nicht erhöht worden sind. Der Etat wird bewilligt. Die Entschließung des Ausschusses wird angenommen. Ebenso in zweiter Lesung der Rest des Notetats, sowie der Haushalt der Schutzgebiete. In dritter Lesung wird der Nachtragsetat und der Notetat ohne Erörterung angenommen. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung werden abgesetzt.

Das Haus beschließt nach lebhafter Geschäftsordnungsdebatte die Vertagung bis Mittwoch übermorgen, 9. April, mit der Ermächtigung für den Präsidenten, es eventuell früher wieder einzuberufen. Schluß nach 1 Uhr.

Die Lebensmittelfrage.

Die Finanzierung.

Ueber die Mission der deutschen Finanzdelegation, wird aus Paris berichtet: Auf der letzten Brüsseler Konferenz war vorgeschlagen worden, daß die deutsche Finanzdelegation mit Vertretern der Alliierten in Frankreich zusammentreffen solle, um über die Regelung der Zahlung der für den Ankauf von Lebensmitteln nötigen Summen durch die Deutschen zu unterhandeln. Der Oberste Wirtschaftsrat gab diesen Vorschlag der finanziellen Abteilung bekannt und billigte den Antrag, den Vorschlag auszuführen. Ursprünglich war geplant, daß drei deutsche Delegierte kommen und die Beratungen streng auf die Frage der Realisierung der deutschen Sicherstellungen beschränkt bleiben sollten. Der Oberste Wirtschaftsrat hat inzwischen beschloffen, die Zahl der deutschen Delegierten auf 6 Mitglieder mit einem Stab von Sekretären zu erhöhen und die Gegenstände, über die verhandelt werden soll, so zu erweitern, daß sie auch andere finanzielle Fragen, die auf die Aussicht über die deutschen Wirta Bezug haben, einschließen. Es steht noch nicht fest, wo die Zusammenkunft stattfinden wird. Möglicherweise wird sie nicht in Versailles abgehalten. Der Oberste Wirtschaftsrat ersucht an Deutschland angrenzende neutrale Länder, Delegierte zu ernennen, um mit den Alliierten finanzielle Fragen zu besprechen, die die Alliierten, Neutralen und Deutschen in gleichem Maße interessieren, und mit der Flüssigmachung der deutschen finanziellen Hilfsquellen zur Bezahlung der Lebensmittel, die Deutschland geliefert werden, zusammenhängen.

Deutschlands Handel mit den Neutralen.

Der Oberkommandierende der alliierten Armeen, Marshall Foch, telegraphierte am 28. März an seinen Vertreter, General Rudant, in Spa:

In Verfolg der von der deutschen Regierung bezüglich der Einfuhr von Lebensmitteln und der Ausfuhr von Waren gemäß dem Brüsseler Abkommen gemachten Mitteilungen wird folgendes zur Ergänzung mitgeteilt: Am Deutschland bei der Erlangung der Rechte in neutralen Ländern für den Ankauf von Lebensmitteln zu helfen und gemäß den von den Delegierten in Brüssel übernommenen Verpflichtungen, diese Frage zu prüfen, teilen die assoziierten Regierungen mit, daß in keinem neutralen Lande eine Firma in Zukunft Geschäfte laufen wird, aus dem Grunde auf die Schwarze Liste gesetzt zu werden, weil sie a) Lebensmittel in den durch die Assoziierten gebildeten Grenzen und in Uebereinstimmung mit den von diesen aufgestellten Bedingungen nach Deutschland ausführt habe, b) Deutschland für den Ankauf dieser Lebensmittel Rechte eröffnet habe, c) Waren, deren Ausfuhr aus Deutschland die assoziierten Regierungen genehmigt hätten, eingeführt habe. Deutschland soll ermächtigt werden können, mit Firmen der neutralen Länder zu verhandeln und Handel zu treiben, selbst wenn diese auf den Schwarzen Listen stehen, unter Vorbehalt der Genehmigung des Obersten Hofrates.

So ist nun durch die teilweise Aushebung der Schwarzen Liste die Voraussetzung gegeben, daß Deutschland von der Bestimmung des Brüsseler Abkommens Gebrauch machen kann, aus neutralen Ländern Lebensmittel einzuführen und mit seinen Ausfuhrwaren dafür zu bezahlen.

Die Lage im Reich.

Neue Pläne des Spartakus?

Nach den Berliner neuesten Nachrichten soll Grund zu der Annahme bestehen, daß in den Tagen des 7. oder 8. April die neue Spartakus-

Spartakisten losbrechen werde. Diesmal wollen die Spartakisten alles ausbieten und sich auch nicht scheuen, in großem Maßstabe mit Fliegerbomben und Fliegerpfeilen zu arbeiten. Die Waffendurchsuchungen haben im Verhältnis zu den Beständen der Spartakisten ein so geringes Ergebnis gehabt, daß die Aufrechter noch sehr große Bestände in den Händen haben müssen. In Spandau seien große Mengen Waffen aller Art angehäuft worden, die jetzt spurlos verschwunden seien. Man hört diesmal besonders ernste Befürchtungen, daß große Truppenbestände zum Grenzschutz abgezogen seien. Im Gegensatz hierzu wird von amtlicher Stelle betont, daß die Truppen in Berlin völlig ausreichen, um etwaige Spartakistenspionage zu unterdrücken.

Aus dem Ruhr-Gebiet.

Die Stimmung der Arbeiterschaft im Ruhrbezirk ist nach Berliner Nachrichten sehr kritisch. Da unter den vorgebrachten Klagen immer wieder Beschwerden über den Mangel in der Lebensmittelversorgung laut werden, so wird an zuständiger Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß die erwarteten Lebensmittel in erster Linie zur Versorgung des rheinischen Industriebezirks herangezogen werden sollen.

Im Dortmunder Bezirk sind 12, im Wittenberger Bezirk 15 und im Bochumer Bezirk 8 Zechen am Auslande beteiligt. In Necklinghausen streift die Zeche „Friedrich der Große“. In Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen ist dagegen alles ruhig. In der Rheinischen Zeche streifen noch die Arbeiter der Rheinischen Bergwerks-Gesellschaft. Im Bezirk Alendorf sind die Arbeiter der Zeche „Heinrich“ in den Auslande getrieben. Die Zahl der Streikenden wird auf etwa 40 000 geschätzt.

Essen ohne Regierungstruppen.

Nachdem nunmehr die Verhandlungen gegen die Spartakisten zu Ende geführt worden sind, haben die Regierungstruppen die Stadt wieder verlassen. Die Zahl der Ausländigen hat weiter zugenommen. Sie beläuft sich auf 37 200 Mann.

Bauernstreik in Sachsen.

26 landwirtschaftliche Vereine des Freiburger Bezirks beschließen: Die Regierungsforderung, Milch an die Volkswirtschaft zu liefern, wird nicht erfüllt. Wird ein Landwirt deshalb bestraft, so werden sämtliche Landwirte des Bezirks sofort jede Milchlieferung einstellen. — Die Regierung hatte die Zwangselieferung verlangt, um den Milchschleichhandel abzuwehren.

Zum Waffenstillstand.

Die Aufnahme des Handels.

Gutem Vernehmen nach besteht beim Verband die Absicht, den Handel mit dem deutschen besetzten Gebiet, aber darüber hinaus auch mit dem unbesetzten Teile Deutschlands, wieder in Gang zu bringen, um allmählich wieder normale Zustände herbeizuführen. Ueber die Art, wie das geschehen soll, schweben zurzeit noch Erwägungen. Insbesondere bietet die Frage der Zahlungen für Einfuhr und Ausfuhr noch gewisse Schwierigkeiten, die beseitigt werden müssen, ebenso auch die Zollbehandlung der nach dem besetzten oder unbesetzten Gebiet Deutschlands zur Einfuhr gelangenden Waren. Man hat indes die Hoffnung, daß es gelingen wird, diese Schwierigkeiten in absehbarer Zeit zu beseitigen. Das gilt insbesondere auch für den Verkehr mit England, nachdem der Verkehr mit Frankreich über Elsaß-Lothringen hinweg schon seit einiger Zeit wieder in Gang gekommen ist.

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Sie hatte Zeit gehabt, sich zu fassen. Und da sie nun genau wußte, daß sie aus dem Schlosse verbannt werden sollte, zog sie es vor, die Initiative selbst zu ergreifen. Es war immerhin besser, sie ging ansehnend freiwillig ins Exil, als daß sie dahin geschickt wurde.

Aber sie schwor es sich zu, all diese Schmerzen und Demütigungen sollte ihr Josta von Waldow büßen. Als die Suppe aufgetragen war, sagte sie mit einem resignierten, sanften Lächeln:

„Aber Wetter, sobald ich von deiner Verlobungsfeier aus der Residenz zurück bin, will ich dann auch meine Uebersiedelung in das Witwenhaus vorbereiten. Du hast wohl die Güte, einmal nachsehen zu lassen, ob dort alles in Ordnung ist.“

Graf Wainer fiel ein Stein vom Herzen. Er war so froh, daß ihm Gerlinde erpante. Ihr zuerst davon zu sprechen. Dankbar leuchteten seine Augen auf.

„Sie ist die charmanteste, feinseligste Frau, die ich kenne“, dachte Rainer, befreit aufatmend. Und dann sagte er herzlich:

„Du kommst mir in lebenswärmender Weise zuvor, Gerlinde. Ich habe mich, offen gestanden, gefürchtet, dies Thema anzuschlagen.“

Sie vermochte zu lächeln.

„Aber warum nur, lieber Rainer? Es ist doch selbstverständlich, daß ich ins Witwenhaus gehe. Wenn ich auch deine Gastfreundschaft bisher dankend angenommen habe, so war es doch ausgemacht, daß ich gehe, sobald du dich vermählst. So dankbar ich dir auch sein werde, wenn du mir auch in Zukunft gestattest, recht oft in diesen Räumen zu weilen und mich an deinem Herd zu wärmen, wenn ich in meinem einsamen Exil in meinem Herzen friere, so selbstverständlich ist es, daß ich meinen Platz der neuen Herrin von Ramberg einräume.“

Er lächelte ihr die Hand.

Die Friedenskonferenz.

Der Vorsriede.

In den Kreisen der Konferenz hofft man, gegen Ende dieser Woche hinsichtlich der Friedenspräliminarien mit Deutschland zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Zwischen der Ankunft der deutschen Finanzkommission in Versailles und dem schnelleren Gang der Verhandlungen des Viererrates besteht kein Zusammenhang. Diese Kommission wird sich mit dem Finanzabkommen, das durch die Verpflegung Deutschlands notwendig geworden ist, befassen. Die deutschen Delegierten kommen nicht nach Frankreich, um von den Präliminar-Friedensbedingungen Kenntnis zu nehmen. Der Vertrag wird kaum vor der zweiten Aprilwoche den deutschen Delegierten mitgeteilt werden können. Diese Zusammenkunft zwischen den Verbandsvertretern und den deutschen Bevollmächtigten wird endgültig in Versailles stattfinden. Der definitive Friedensvertrag wird im Spiegelssaal zu Versailles unterzeichnet werden.

Deutschlands künftige Westgrenze.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird aus Paris gemeldet, daß die jetzt vorherrschende Ansicht bezüglich der Westgrenzen Deutschlands die sei, daß der Rhein die militärische und vorläufig auch politische Grenze des neuen Deutschland bilden müsse. Man müsse nicht allein Maßregeln ergreifen, um zu verhindern, daß das linke Rheinufer wieder eine Basis für den Angriff gegen Frankreich wird, sondern auch ein Mittel haben, um Druck auf Deutschland auszuüben.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Das Zentrum hat in der Preussischen Landtagsversammlung den Antrag eingebracht, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß der Ehrensold der Kriegsveteranen von 1870–71 von 180 Mark den Zeitverhältnissen entsprechend erhöht wird.

Nach den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ wird in der gleichen Weise, wie schon in Preußen in Aussicht genommen, auch im Reich die Bildung von Beamtenausschüssen in allernächster Zeit durchgeführt werden.

Im Staatsenausschuß wurde den Gehehntwärtigen betr. die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes und des Haushaltes der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1919, betr. die Feststellung eines vierten Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 und über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine in den von der Nationalversammlung beschlossenen Fassungen zugestimmt.

Deutsch-Österreich.

(*) Der Verfassungsausschuß erledigte ein Gesetz betr. die Landesverweisung und Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen. § 2 enthält folgende Fassung: Im Interesse der Sicherheit der Republik werden der ehemalige Träger der Krone und die sonstigen Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen, sofern sie nicht auf ihre Mitgliedschaft zu diesem Hause und auf alle aus ihr resultierenden Herrschaftsansprüche ausdrücklich verzichten und sich nicht als getrene Staatsbürger der Republik bekannt haben, des Landes verwiesen. Die Festsetzung, ob diese Erklärung als ausreichend zu erkennen sei, steht der Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß der Nationalversammlung zu.

Vatikan und Quirinal.

Die „Times“ erfährt aus Rom, daß die Versuche, eine bessere Verständigung zwischen dem Vatikan und dem Quirinal herbeizuführen, jetzt wieder

„Ich weiß ja, Gerlinde, du bist die bewundernswerteste Frau, die ich kenne. Deine Feinseligkeit erpant es mir, in großmütiger Weise, dir wehe tun zu müssen. Ich danke dir.“

Sie lächelt wehmütig.

„Da ist nichts zu danken, mein Freund. Es stünde schlimm um unsere Freundschaft, wenn ich dir nicht solche peinliche Situation ersparen würde. Erstens bin ich doch zu stolz zu warten, bis man mich gehen heißt, und zweitens bist du mir viel zu lieb und teuer geworden, als daß ich dich vor eine solche qualvolle Alternative stellen sollte. Wir sind doch ehrliebe gute Freunde und wollen es auch in Zukunft bleiben, nicht wahr? Oder willst du mir deine Freundschaft entziehen, wenn du verheiratet bist?“

Das letzte sagte sie schelmisch.

Er sah sie herzlich an.

„Ganz gewiß nicht, Gerlinde. Du machst mich stolz und glücklich, daß dir meine Freundschaft etwas gilt. Mein Haus soll allezeit das deine sein. Du sollst bei uns ein- und ausgehen, wie es dir gefällt und ich sowohl als meine junge Frau, werden uns glücklich schätzen, recht oft deine Gesellschaft genießen zu dürfen. Du und Josta, ihr müßt Freundinnen werden, denn ihr seid beide gut, edel und großherzig. Es kann gar nicht anders sein, als daß sich eure Herzen finden.“

„Das hoffe ich auch und freue mich, daß du mich nicht ganz aus Ramberg verbannen willst, denn du weißt, ich fürchte mich ein wenig vor dem Witwenhaus, und werde froh sein, recht oft bei euch weilen zu dürfen.“

So war diese peinliche Angelegenheit für Rainer

Josta von Waldow verbrachte die Tage bis zu ihrem Verlobungsfest in einer sehr ungleichmäßigen Stimmung. Meist war sie still und in sich gekehrt und sah nachdenklich vor sich hin. Aber zuweilen kam es auch wie ein heißes Glühgefühl über sie, wenn sie daran dachte, daß sie Rainers Frau sein würde und immer bei ihm bleiben konnte. Vielleicht — ach, vielleicht gewann er sie eines Tages doch so lieb, als sie

stoden, da beide Parteien ihre Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeiten gelegt haben, die aus einem Ausbleiben der Delegierten resultieren. Der Berichterstatter aber meint, daß diese Störungen in den Unterhandlungen nur vorübergehend seien, da man sich in den beiden Lagern darüber klar sei, daß, wenn jetzt kein Ausgleich erzielt werde, die Möglichkeit dazu für immer verloren sei.

Allerlei Nachrichten.

Die Ostafrikaner.

Das Kommando der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika ist in der Lage, in jedem einzelnen Falle Angehörigen von dem erfolgten Ableben eines Schutztruppenangehörigen zu benachrichtigen. Die Adressen der Angehörigen sind dem Kommando meist nicht bekannt. Alle diejenigen, die über das Schicksal ihrer vermissten Ostafrikakämpfer noch im Zweifel sind, können Fragen an das Kommando der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika, Berlin, Mauerstraße 45–46 richten.

Rhein-Schelde-Kanal.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß nach Brüsseler „Standard“ die Kommission für Häfen Wasserwege die Forderung Belgiens bezüglich Rhein-Schelde-Kanals angenommen hat. Belgien in der Kommission für die Rheinschiffahrt durch in der Kommission für die Donauschiffahrt durch Delegierten vertreten sein.

Vom früheren Kaiser.

Der „Telegraph“ erfährt, daß der frühere deutsche Kaiser die Absicht hat, das Landgut Speltenhuld in Beelbergen anzulaufen.

Die Kriegsgefangenenfrage.

Das Genfer Internationale Rote Kreuz erhielt von amerikanischen Hauptquartieren die Nachricht, daß die Heimsendung aller solcher Kranken und verwundeten Deutschen erfolgt, die dauernd militäruntauglich oder unfähig sind, innerhalb zweier Monate nützliche Arbeit verrichten.

Der Völkerbund.

Nach der „Daily Mail“ wird der 5. April wahrscheinlich der Termin sein, an dem die Kommission den Völkerbund das letzte Mal tagen wird. In dieser Sitzung soll die Gründung des Völkerbundes schließlich vollzogen werden. Zahlreiche Kläufel sollen dem ersten Entwurf angehängt worden sein. Man glaubt, daß der Text in französischer und englischer Sprache abgefaßt wird.

Die Hamburger Universität.

Die Hamburger Bürgerschaft nahm das Gesetz zur sofortigen Errichtung einer Universität an Volkshochschule auf der Grundlage der bestehenden Einrichtungen des Hamburger Vorlesungswesens an. Das Gesetz wurde wesentlich deshalb so eilig geschlossen, um den in Hamburg Studierenden die Anrechnung ihrer vorher verbrachten Semester zu sichern.

Kein Bündnisantrag Rußlands.

Die Nachricht, die russische Sowjetregierung habe der Deutschen Reichsregierung Vorschläge für ein Bündnis gemacht, ist, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, vollkommen unwahr.

Volschewisten in Polen.

Die „Times“ schreibt, daß in der letzten Zeit in Polen, hauptsächlich im Distrikt Dombrowa, von russischen Volschewisten und deutschen Spartakisten eine heftige Agitation betrieben wird. Obgleich die polnische Regierung strenge Maßnahmen ergreifen hat, sind trotzdem anaristische Eingriffe an der Arbeit. Aus der „Times“-Meldung ist ersichtlich, daß es mehrfach zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Volschewisten und der Volksmenge kam, wobei sich die Volschewisten auf die Seite der Volschewisten stellten.

es sich so heiß ersehnte. Jetzt, wo er nicht anwesend war, dünkte es sie gar nicht so schwer, so lange ruhig und geduldig an seiner Seite zu warten. Rainer durfte er nie zuvor die leiseste Ahnung haben, wie sehr sie ihn liebte. Das schwor sie sich zu. Und ihr mädchenhafter Stolz würde ihr helfen, ihre Gefühle zu verbergen unter einer ruhigen Freundlichkeit.

Und für alle diese Kämpfe in ihrer jungen Seele, für alles Hoffen und Furchten hatte sie nur einen Vertrauten, ihr Tagebuch.

Die Vorbereitungen zu dem Feste nahmen sie zum Maß sehr in Anspruch, so daß ihr nicht viel Zeit zum Grübeln blieb. Es gab für sie, als Stellvertreterin der Hausfrau, viel zu tun. Nicht die kleinste Sorge war, wie sie alle Gäste unterbringen sollte in dem immerhin beschränkten Festräumen des Lusternschloßes.

Die wenigen Tage vergingen ihr also wie im Fluge.

Am 14. Mai nachmittags traf Graf Rainer mit Gerlinde in der Residenz ein. Sie nahmen beide im Palais Ramberg Wohnung, wo auch Graf Henning Zimmer bereit gehalten wurden.

Gerlinde Gerlinde vermochte nur mühsam ihre nervöse Erregung zu meistern. Sollte sie nun doch bald ihrer Todfeindin gegenüberstehen, sollte sie nun doch erfahren, wie dies Geschöpf beschaffen war, das ihr eine so tiefe, brennende Wunde geschlagen hatte!

Sie hatte Rainer gefragt, ob er nicht eine Photographie von Josta besitze. Er hatte aber nur einige alte kleine Bildchen von ihr gehabt, die er ihr zeigte. Und auf diesen Bildern sah Josta recht wenig häßlich aus. Graf Rainer hatte jedoch lächelnd gesagt, Josta habe sich sehr zu ihrem Vorteil verändert. So stellte sich Gerlinde Gerlinde in Josta ein leidlich häßliches, unbedeutendes Mädchen vor. Aber alles in ihr war Spannung und Erwartung. Sie lebte danach, Josta durch ihre eigene Schönheit, durch den Hauch ihrer eigenen Persönlichkeit in den Schatten zu stellen. Graf Rainer sollte erkennen, daß er einen Diamant unbeachtet gelassen hatte um nach einem Glascherben zu fassen.

(Fortsetzung folgt.)

Niederlage der Bolschewiki.

Aus Lissabon wird berichtet, daß die Stadt Vaucl seit dem 22. März wieder von den letzten Truppen besetzt ist. Die Bolschewiki haben schwere Verluste erlitten und bühten allein an Gefangenen 250 Mann ein. Im Norden von Mian sind die Bolschewiki bis Olai, halbwegs Niga, zurückgewichen.

Die Deutschen in Ungarn.

Nach den „Bolschewiki-Parlamentarischen Nachrichten“ hat der deutsche Vertreter in Budapest wegen der ungesicherten Lage und wegen der drohenden Plünderungen den in Ungarn befindlichen Deutschen empfohlen das Land zu verlassen.

Internationale Arbeitergesetzgebung.

Die „Times“ melden, daß die Kommission für internationale Gesetzgebung Klauseln aufgestellt hat, die für die Aufnahme in den Friedensvertrag vorgeschlagen werden. Der erste Grundsatz, auf den sich die neue internationale Arbeitergesetzgebung stützt, ist, daß die Arbeit eines Menschen nicht als Kaufware oder als Handelsartikel angesehen wird. In den neuen Bestimmungen ist vorgeschlagen, daß kein Mensch unter 14 Jahren im Handel oder in der Industrie tätig sein darf. Zwischen 14 und 18 Jahren dürfen Personen bei der Beschäftigung nicht für Arbeit, die der physischen Entwicklung schädlich ist, und unter Bedingungen, die die Fortsetzung der praktischen oder allgemeinen Ausbildung hemmen, verwandt werden. Jeder Arbeiter hat Anspruch auf einen Lohn, der ihm eine angemessene Lebensführung ermöglicht. Weiter wird gefordert, gleicher Lohn für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit und ein wöchentlicher Ruhetag für alle Arbeiter.

Staatsbankrott.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben vielfach die höhere Befürchtung eines Staatsbankrotts aufkommen lassen. Dabei begreifen sich jedoch über das Wesen eines Staatsbankrotts die verschiedensten Ansichten. Staatsbankrott liegt dann vor, wenn der Staat unter der Verletzung der Rechte seiner Gläubiger mit oder ohne ausdrückliche Erklärung seinen Verbindlichkeiten als Schuldner nicht vollständig oder gar nicht nachkommt.

Aus dieser Begriffserklärung ergeben sich verschiedene Arten des Bankrotts. Ein solcher liegt bereits vor, wenn der Staat seine Zinszahlungen aus eigenem Willen hinausschiebt. In den meisten Fällen handelt es sich jedoch bei derartigen augenblicklichen Zahlungsstörungen nicht um vorübergehende Schwierigkeiten. Wenn einmal der Staatshaushalt so tief erschüttert ist, daß er seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommt, dann ist eine baldige Erholung in den meisten Fällen nicht mehr möglich. Die Folge der vorübergehenden Einstellung des Zinsdienstes ist in vielen Fällen die dauernde Unfähigkeit zur Zinszahlung. Beispiele für die Ausbeutung der Zinszahlung finden wir in der Geschichte in großer Anzahl. Selbst in Preußen hat 1683 der Große Kurfürst fast alle Zinszahlungen eingestellt. Außerdem bietet die spanische Finanzgeschichte eine ganze Reihe von Beispielen.

Ein Staatsbankrott kann aber auch in der Verletzung der Kapitalrückzahlungspflicht bestehen. Die einfachste Form besteht dabei darin, daß der Staat den Termin für eine fällig werdende Anleihe hinausschiebt. Schwerer ist jedoch die Wirkung, wenn der Staat die Zwangskonfiskation erklärt. Bei dieser findet die Umwandlung einer Schuld in eine andere statt, ohne daß die Gläubiger um ihre Zustimmung gefragt werden. Auf diese Weise sind wiederholt schwebende oder kurzfristige Anleihen in ewige Rentenanleihen umgewandelt worden. Sodann ist die Möglichkeit einer zwangsweisen Kapitalherabsetzung gegeben. Bekannt ist die in der französischen Revolutionzeit eingetretene Herabsetzung der französischen Staatsanleihe. Nachdem bereits die Zinszahlung teilweise eingestellt worden war, wofür die Staatsgläubiger Anweisungen auf nationale Güter erhielten, wurde 1797 vom Direktorium die Staatsanleihe auf ein Drittel herabgesetzt.

Die Fälle sind nicht selten, in denen diese Bankrottsarten gleichzeitig auftreten. Solche Staatsbankrottsarten waren im Mittelalter nichts Ungewöhnliches. Damals machten die Fürsten ein gutes Geschäft, wenn sie die Schulden ihrer Vorfahren mit einem Federstrich aus der Welt schaffen konnten. Für einen modernen Staatsbankrott gibt Ausland ein erschütterndes Zeugnis.

Je nach der Größe des Kapitalverlustes ist auch die wirtschaftliche Wirkung eines derartigen Staatsbankrotts verhängnisvoll. Die Folgen, die eine derartige finanzielle Katastrophe für Deutschland hätte, sind im Augenblick noch gar nicht übersehbar. Daß auch unsere Zukunft dann sehr düster würde, steht über jedem Zweifel.

Die Steuerfragen.

Die Besteuerung der Kapitaleinkünfte.

Nach den Mitteilungen der Presse soll die Kapitalrentensteuer im Betrage von 10 v. H. des Ertrages vom ausgeliehenen Kapital unmittelbar durch den Schuldner an den Fiskus erfolgen und dem Gläubiger die Rente um diesen Betrag durch den Schuldner gezahlt werden. Dies läßt darauf schließen, daß dem Kapitalausleiher die eigenen Rentenausgaben für seine Kapitalanlagen bei der Errechnung des Einkommens und Kapitalvermögens für die Besteuerung nicht in Abzug gebracht werden sollen. Für Personen, die Kapital besitzen und zugleich erlösen haben, würde das eine ganz außerordentliche Härte bedeuten. Jemand, der 50 000 Mark zu 5 v. H. ausleihen hat, müßte von dem Einkommen hieraus im Betrage von 2500 Mark Betrag zu gleichem Zinssatz ausleihen, zugleich aber 50 000 Mark zu 5 v. H. entleihen, so daß sein Einkommen aus Kapitalvermögen 2500 weniger 2000 Mark ist gleich 500 Mark beträgt, so hätte er gleiches Einkommen aus Kapitalvermögen zu zahlen, also die Hälfte seines gesamten Einkommens aus Kapitalvermögen und noch viel mehr. Es würde sogar vorkommen, daß Personen Einkommensteuer zahlen müßten, obwohl sie mehr

Kapitalvermögen haben.

Sollte trotzdem von einer Ausrechnung der Schuldzinsen im Gesetz abgesehen werden, um das Ergebnis der Steuer möglicherweise hoch zu gestalten, so müßte zumindest bei kleinen Gesamteinkommen — etwa bis zu 4000 Mark — die Sondersteuer in Wegfall kommen. Für infolge Alters oder Krankheit Erwerbslose ist die Rente aus ihrem Kapitalvermögen, das sie sich durch Fleiß und Sparsamkeit oft in einem langen arbeitsreichen Leben erspart haben mögen, vielfach die einzige Einkommensquelle, die sich zudem in zahlreichen Fällen gegen das Arbeitslohn nicht erhöht hat. Die Kürzung dieses in der heutigen Zeit gewiß schmalen Einkommens um 10 v. H. neben den sonstigen Steuern und Abgaben wäre sicherlich eine rücksichtslose Härte. Ebenso müßten mittlere Einkommen geschädigt werden, etwa in der Form, daß bei einem Gesamteinkommen von 4000—6000 Mark die Besteuerung der Kapitaleinkünfte nicht mehr als 10 v. H. des Gesamteinkommens betragen darf.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 1. April 1919.

Belichtwechsel. Das Wohnhaus Viebricherstraße 16 kaufte Herr Karl Strenz von hier zum Preise von 18000 Mark.

O.C. Die Frage des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft und unseres Nationalwohlstandes wird gegenwärtig jedem Deutschen, der es ehrlich mit der Zukunft seines Vaterlandes meint, besonders am Herzen liegen. Und es mag in diesem Falle ein Trost für uns alle sein, daß diese Frage nicht ganz so trübe Aussichten eröffnet, wie es vielleicht den Anschein hat. Allerdings gehört Arbeit, ehrliche Arbeit ohne Rast und Ruhe dazu, aber dann ist auch mit einem Wiederaufschwung zu rechnen. Zwei Dinge sind es, durch die fast die ganze Welt von uns abhängig ist: einmal Kaut — das nur bei uns, hier aber in unbeschränkter Menge, zur Verfügung steht —, sodann die chemischen Produkte — namentlich Arzneien — unserer Steinkohlentechemie. Wir werden durch diese beiden Hilfsquellen im Auslauschwege nach und nach soviel Rohstoffe für unsere kurzzeit dardeliegenden Industrien hereinbringen können, daß ein Wiederaufbau unserer industriellen Tätigkeit gesichert erscheint. Im übrigen hat der Kriegsgedanke unserer Chemiker uns in den verflochtenen Kriegsjahren in hohem Maße unabhängig von der Rohstoffzufuhr aus dem Ausland gemacht. Es sei z. B. nur an die künstliche Erzeugung von Stickstoff und Kautschuk erinnert, durch die große Mengen Rohmaterial, das wir sonst einführen müßten, überflüssig werden, so bald es gelingt, diese beiden chemischen Verfahren soweit zu verbilligen, daß sie mit der natürlichen Erzeugung konkurrieren können. Beides ist aber bei dem hochentwickelten Stande gerade der deutschen Chemie ganz gewiß nur noch eine kurze Frage der Zeit. Härter wird unsere Landwirtschaft zu ringen haben, die gegen eine starke Lebensmittelfuhr-Konkurrenz zu kämpfen haben wird, ohne daß ihr, wie früher, das Schutzschiff zum Schutze stünde. Es wird für den Landwirt vielleicht notwendig werden, teilweise für Zwecke der Industrie zu arbeiten — z. B. durch Anbau von Farbstoffpflanzen, Arzneipflanzen usw. im großen —, um sich Wohlstand und ausreichende Lebensbedingungen zu sichern. Jedoch ist diese letztere Frage zurzeit noch nicht hinreichend geklärt, um ein abschließendes Urteil über sie fällen zu können. Vielleicht wird schon eine großzügige Hebung der Viehzucht genügen, um unserer Landwirtschaft eine günstige Zukunft zu eröffnen.

Fahrplanänderungen. Von heute ab fährt ein neuer Triebwagen von Mainz bis Ahmannshausen, ab Schierstein 2.57 Uhr nach. Ferner wird der bisher von Mainz nach Rudesheim verkehrende Triebwagen später geleert, so daß dieser jetzt 4.42 Uhr ab Schierstein fährt anstatt 4.09 bisher. Beide Triebwagen verkehren nur Werktags und führen 3. und 4. Klasse. Weitere Fahrplanänderungen siehe amtliche Bekanntmachung.

Verlängerung des Straßenbahnverkehrs. Vom 1. April ab wird die Elektrische wieder auf allen Linien bis zum Eintritt der Polizeistunde verkehren. Der vorletzte Wagen ab Schierstein 10.15 hat Anschluß nach Wiesbaden und Mainz. Der letzte Wagen 10.45 ab Schierstein verkehrt nur bis Viebrich.

Vorortverkehr Wiesbaden-Eltville. Aus Reisen der in Viebrich, Schierstein, Walluf, Eltville usw. wohnhaften und in Wiesbaden bediensteten und beschäftigten Arbeitern, Angestellten und Beamten wurde an die Eisenbahndirektion Mainz ein Gesuch gerichtet, in den Sommermonaten einen Vorort- bzw. Triebwagenverkehr zwischen Eltville und Wiesbaden einzurichten durch die Einlegung von vier Zügen, die zu Beginn und Ende der Arbeitszeit den Verkehr zwischen Arbeits- und der Wohnstätte vermitteln. Im Interesse der Arbeiter und der Angestellten, denen dadurch das rechtzeitige Erreichen ihrer Arbeits- und Dienststellen ermöglicht würde, im Interesse aber auch der Arbeitslosen in den Vororten, denen dadurch Gelegenheit gegeben wäre, sich in den Städten Wiesbaden und Mainz besser nach Arbeit umzusehen, d. h. sich dort eher zu beschäftigen, wäre es wünschenswert, wenn dem Gesuche Folge gegeben würde.

Änderungen im Personen- und Gepäckverkehr. Heute am 1. April 1919 treten auf den deutschen Eisenbahnen im Personen-, Gepäck- und Expressverkehr wichtige Tarifänderungen ein.

1. Es werden erhöht a) die Preise der Fahrkarten für die 1. Klasse um 100, für die 2. Klasse um 40, für die 3. Klasse um 30 und für die 4. Klasse und Hunde um 25 v. H.; b) die Preise für Monats-, Schüler- und

Arbeiterkarten bleiben unverändert, die Gepäck- und Expressgüterfrachten um 50 v. H. Das Gesamtgewicht von 50 kg im Express- und Gepäckverkehr fällt ab 1. April 1919 weg.

2. Schnellzüge. An Stelle der bis herigen 4 Schnellzugskategorien treten wieder 3 Zonen. Die Zuschläge betragen für die 1. Zone (bis 75 km) 1. und 2. Klasse 2 Mk., 3. Klasse 1 Mk., für die 2. Zone (bis 150 km) 1. und 2. Klasse 4 Mk., 3. Klasse 2 Mk., für die 3. Zone (über 150 km) 1. und 2. Klasse 6 Mk., 3. Klasse 3 Mk. Die bisherige „Ergänzungsgeld“ im Nahverkehr (bis 75 km) fällt weg. Ferner wird im Schnellzugverkehr vom 1. April 1919 ab zur Entlastung der schnellen Züge (D-Züge) vom Nahverkehr ein Mindestpreis für Schnellzugsgüter erhoben. Dieser beträgt in 1. Klasse 17 Mk., 2. Klasse 10 Mk., 3. Klasse 5 Mk. Monatskarten für Schnellzüge werden nicht ausgegeben.

3. Zusammengefasste Fahrkartenpreise werden nicht mehr ausgegeben.

Die Berufswahl. Der Zeitpunkt ist da, zu dem die wichtige Frage der Berufswahl für die schulentlassene Jugend von den Eltern entschieden werden muß. Über 100 000 kaufmännische Angestellte jeden Alters sind noch ohne Stellung, dagegen mangelt es in der Landwirtschaft und dem Handwerk viel mehr an jungem Nachwuchs. Man hege keinen falschen Stolz: das Handwerk hat immer noch goldenen Boden. Für den Wiederaufbau Deutschlands wird aber die Landwirtschaft von größter Bedeutung werden und braucht tüchtige und gebildete Kräfte in allen Zweigen. Auch die zur Entlassung kommenden jungen Mädchen sollen angehalten werden, sich einem der vielen hauswirtschaftlichen Berufe zuzuwenden.

Sport. Am vergangenen Freitag hielt der Fußballklub 1908 Schierstein seine diesjährige Generalversammlung im Vereinslokal Gasthaus „Kaiser Friedrich“ ab. Der Verein hat gegenwärtig 40 Mitglieder, die sämtlich im Felde standen. 11 Mitglieder stehen noch im Heeresdienst und 3 befinden sich in Gefangenschaft. Auf dem Felde der Ehre starben 19 Mitglieder. 2 Mitglieder wurden mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse und 44 Mitglieder mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Fritz Kuhlbeck, I. Vorsitzender, Ernst Dauter, II. Vorsitzender, S. Bödel, Schriftführer, Emil Kuhlbeck, Kassierer und Spielleiter, Ernst Gaul, II. Spielführer, Engelbert Rühl, Ballwart, A. Kassel, W. Schomberg, S. Birk, Beisitzer. Die regelmäßigen Übungssunden werden von jetzt ab wieder stattfinden und zwar: Dienstags, Freitags und Sonntagsnachmittags. Der Wettkampfbetrieb kann leider noch nicht aufgenommen werden, da es dem Verein bis jetzt noch nicht gelungen ist, einen hierfür geeigneten Platz zu bekommen. An Pfingsten beabsichtigt der Verein ein olympisches Sportfest mit Fußball-Pokalspiel zu veranstalten.

Wellere Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität. Das Mainzer Journal schreibt: Durch erneute Preissteigerung der Kohlen um 30 bis 40 Mk. für die Tonne erleiden die städtischen werdenden Betriebe, Gas und Elektrizität einen Ausfall von 1 Million 200 000 Mk. Hierzu sind die in Aussicht stehenden Erhöhungen der Transportkosten nicht in Betracht gezogen. Die Deputation für Gas und Elektrizität beantragt deshalb in der nächsten Stadtkonferenzversammlung am Freitag die Gaspreise weiter um 5 Pfg., von 31 auf 36 Pfg. für den cbm, die Kilowattstunde Licht auf 80 Pfg. und Kilowattstunde Kraft auf 38 Pfg. zu erhöhen. Man will dadurch einen Ausgleich für die erhöhten Ausgaben schaffen.

Der Weinhandel. Im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsministerium wird durch den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen in Berlin die Ausfuhr von Wein künftig unter nachstehenden Bedingungen gestattet werden: 1. Der inländische Verkäufer muß die Handelsanleihe für Wein besitzen (§ 5 der Verordnung über Wein vom 31. August 1917, Reichs-Gesetzblatt S. 571). 2. Es dürfen nur Weinweine inländischen Ursprungs in Flaschen oder Fässern ausgeführt werden, die als hochwertig, insbesondere als Edelgewächse, anzusehen sind. Konsumwein (sogenannte Handelsware), muß für den heimischen Bedarf erhalten bleiben. 3. Die Bezahlung soll, wenn möglich, in ausländischen Devisen vereinbart werden. Hiernach wird künftig wieder eine Reichsabgabe erhoben, noch werden Mindest-Ausfuhrpreise festgesetzt. Anträge auf Ausfuhr von Wein sind vorerst bei der Weinhandelskammer in m. b. H. in Berlin, Neue Wilhelmstr. 2, einzureichen, die sie mit entsprechender Begutachtung an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin W. 10, Luisenwerfer 6—8, zur Entscheidung vorzulegen hat.

Die Fleisch- und Milchnot. Unsere Viehwirtschaft liegt, wie von zutüftiger Stelle hören, gänzlich darnieder. Die Fleischversorgungsmöglichkeit aus inländischen Beständen ist sehr gering. Unser Rindviehbestand beträgt heute 40 Prozent des normalen Bestandes, der Schweinebestand sogar nur 20 Prozent. Den jetztigen Viehbestand können wir mit den eigenen Futtermitteln gerade durchhängern. Unsere jährliche Kraftfutterzufuhr belief sich auf 6 Millionen Tonnen, die jetzt ganz in Fortfall kommen. Infolgedessen ist die Milchzeugung bei dem vorhandenen Milchvieh auf 50 Prozent gesunken. Wenn man auch hofft, durch Ausmahlung des Getreides auf 80 Prozent statt wie bisher auf 98 Prozent monatlich 90 000 Tonnen Mehl zu Futterzwecken zu bekommen, so muß man doch bedacht sein, daß wir damit auch 18 Prozent an Brotgetreide verlieren. Unsere Kartoffelversorgung ist keineswegs zufriedenstellend. Mit den vorhandenen Beständen reichen wir ungefähr bis Mai, mit den ersten Frühkartoffeln ist nicht vor Mitte Juni zu rechnen. Bei günstigen Witterungsverhältnissen dürfen wir mit einer halben Ernte rechnen. Gemüse ist dagegen genügend vorhanden.



Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, dass unser innigstgeliebter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Adolf Sack

nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, Sonntag, den 30. März, abends 7 Uhr, im Alter von 57 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stilles Beileid bitten:

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Schierstein, den 1. April 1919.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 2. April, nachm. 3 Uhr, vom Sterbehaus, Friedrichstr. 36, aus statt.

Meine Chronik.

Tod eines Spartakistenführers. Der Führer der Spartakisten in Halle, der Marineangehörige Moosberg, der seit einigen Tagen verschwunden war, wurde tot aus der Saale gezogen. Die Untersuchung ergab, daß er durch einen Revolverbeschuss getötet und dann ins Wasser geworfen wurde. Für verlässliche Angaben über den Täter wurde eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Soziales.

Wohlfahrtschule der Stadt Köln. Die Wohlfahrtschule der Stadt Köln ist als eine der ersten sozialen Frauenschulen Deutschlands staatlich anerkannt worden. Ihr Besuch berechtigt zur Ablegung der staatlichen Fürsorgefrauenprüfung, die wohl zum ersten Male überhaupt diese Woche, an der Wohlfahrtschule abgenommen wurde. Infolge der guten Auswahl und der allseitigen Ausbildung der Schülerinnen an dieser Anstalt schon vor Erlaß der staatlichen Bestimmungen, konnten alle zu Ostern abgehenden Absolventinnen zur staatlichen Prüfung zugelassen werden, die alle, zum Teil mit sehr gut, bestanden haben. Von den 37 abgehenden Schülerinnen übernimmt der größte Teil Kreisfürsorge. Die Nachfrage nach gutgeschulten Fürsorgefrauen ist zurzeit noch so groß, daß bei weitem nicht alle angebotenen Stellen besetzt werden konnten. Die neuen Kurse, darunter auch ein pädagogischer Vorbereitungskurs, beginnen am 28. April. Die neuen, den staatlichen Bestimmungen angepaßten Prospekte sind durch die Schulleitung, Rheinaustraße 3, erhältlich.



Turngemeinde Schierstein. Nachruf.

Unseren Mitgliedern die schmerzliche Mitteilung, dass unser treues Mitglied

Adolf Sack

verstorben ist.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Schierstein, den 1. April 1919.

Die Beerdigung findet Mittwochmittag 3 Uhr statt.

Die Mitglieder werden um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Zusammenkunft um 2½ Uhr in der Halle.

Der Vorstand.

Prima Hannoveraner Ferkel und Läufer

stets zu haben bei Crass, Mittelstr. 15, Viehhandlung.
Telephon 225. Telephon 225.

Theater-Spielplan.

Rassauisches Landestheater in Wiesbaden.

Vom 2. bis 6. April 1919.

Mittwoch, Ab. A.: „Charlens Tante“. Anfang 7 Uhr.
Donnerstag, Ab. C.: „Mignon“. Anfang 7 Uhr.
Freitag, Ab. B.: „Der Erbsüßler“. Anfang 7 Uhr.
Samstag, Ab. D.: „Der Troubadour“. Anfang 7 Uhr.
Sonntag, Bei aufgeh. Abonnement: „Samson und Dalila“. Anfang 6½ Uhr.

Bekanntmachung.

Die Grasnutzung an den Bezirksstraßen

- a) Biebrich-Rüdesheim
- b) Sattersheim-Eberbach-Eichberg
- c) Eltville-Langenschwalbach
- d) Niederwalluf-Neudorf

wird öffentlich meistbietend versteigert und zwar:

Biebrich-Rüdesheim und Sattersheim-Eberbach-Eichberg und Niederwalluf-Neudorf
am 8. April 1919.

Sammelpunkt:

- 1) Vormittags 9 Uhr zu Niederwalluf, Wirtschaft F. J. Reih (Johannisbrunnen).
2. Nachmittags 2 Uhr am Bahnhof Dörflich, Wirtschaft Rulmann.

Am 9. April 1919 Eltville-Langenschwalbach

Sammelpunkt:

1. Vormittags 8 Uhr zu Neudorf, Wirtschaft Gebhardt.
2. Vormittags 11 Uhr zu Wambach, Wirtschaft Schmidl.

Der Verkauf erfolgt gegen Barzahlung. Die Versteigerungsbedingungen werden im Termin bekanntgemacht.

Eltville, den 25. März 1919.

Der Landestwegemeister.

Atelier für mod. Photographie. F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder
Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6½ Uhr.
Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6½ Uhr geöffnet

Schulranzen

Gedächte Auswahl.

Billigste Preise

offert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnenstrasse 10
Reparaturen.

Fahrplanänderungen.

Ab Dienstag, den 1. April treten folgende Fahrplanänderungen ein:

Pz. 1226 (W) Wiesbaden ab 6,03 (bisher 6,56) Uhr
Kellertbach an 7,04 (bisher 7,54 Uhr).

Pz. 1244 (W) Mainz Hbf. ab 6,12 (bisher 7,18) Uhr
Raunheim an 6,45 (bisher 7,54 Uhr).

Pz. 1284 (W) Rüsselsheim ab 12,06 Uhr, Raunheim an 12,12 Uhr (neu).

Pz. 1285 (W) Raunheim ab 12,58 Uhr, Rüsselsheim an 1,04 Uhr (neu).

Pz. 1325 (W) (nur Samstags) Rüsselsheim ab 1,12 Uhr (bisher 12,12) Wiesbaden an 1,58 Uhr (bisher 12,51 Uhr).

Der Zug wird über Mainz Hbf. geleitet an 1,41 Uhr.

Pz. 638a (nur Samstags) Mainz Hbf. ab 1,08 Uhr
Groß Gerau an 1,46 Uhr (neu).

T 2021 (W) Mainz Hbf. ab 2,35 Uhr, Ahmannshausen an 3,55 Uhr (neu).

T 2023 (W) Mainz Hbf. ab 4,20 (bisher 3,45) Uhr
Rüdesheim an 5,30 (bisher Ahmannshausen an 5,07 Uhr).

Beide T über Biebrich Ost direkt nach dem Rheingebirg.

Pz. 2800 (W) Griesheim b. Dfl. ab 5,15 Uhr
Goddelau-Erfelden an 5,26 Uhr (neu).

Pz. 2841 (W) Goddelau-Erfelden ab 8,40 Uhr
Griesheim b. Dfl. an 8,52 Uhr (neu).

Pz. 2914 (W) Groß Gerau ab 4,22 Uhr, Griesheim b. Dfl. an 5,04 Uhr (neu).

Pz. 2915 (W) Griesheim b. Dfl. ab 5,12 Uhr
Groß Gerau an 5,54 Uhr (neu).

Pz. 2911 Biebesheim ab 1,02 Uhr, Goldstein an 2,12 Uhr, trifft künftig erst 2,25 Uhr in Goldstein.

Mainz, den 26. März 1919.

Eisenbahndirektion.

Genehmigt am 23. März 1919 durch die Sachverständige Eisenbahnkommission in Trier.

Junge Frau mit einem
Rind sucht ein leeres
Zimmer

zu mieten evtl. auch Zimmer
und Küche. Näh in der
Geschäftsstelle.

Frauen

für Gartenarbeit gesucht.
Gärtnerei E. Schneider,
Wiesbadenerstrasse 20

Große Reiserbesen
a 80 Biennig.

Großer Gramophon
billig abzugeben.

Ein möbl. Zimmer
sofort zu vermieten. Näheres
in der Geschäftsstelle.

Ucker

gegen Barzahlung zu
gesucht. Zu erfragen in
Geschäftsstelle.

Gemüse-Verkauf

findet jetzt wieder regelmäßig
Mittwoch und Samstag
von 7-12 Uhr auf
Strollchen Platz statt.

Frau Sattler
Thielesprivatstr.

Flensiger

Arbeiter

findet dauernd Beschäftigung
Gärtnerei E. Schneider
Wierweg 9.